

# Greifswalder Mediziner schlug zuerst Alarm und verlor Job

NK 20. 8. 19

Von Andreas Becker

Sind Zahnsparungen medizinisch überflüssiger kosmetischer Luxus? Ein Greifswalder Forscher äußerte diesen Verdacht schon 2014 - und musste sich danach nach einem neuen Job umsehen. Lag das auch am Druck der Medizin-Lobby?

**GREIFSWALD.** Bis September 2014 war Alexander Spassov wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Poliklinik für Kieferorthopädie der Universitätsmedizin Greifswald. In dieser Funktion hatte Spassov auch die medizinische Berechtigung für kieferorthopädische Therapien untersucht - und sich damit auf ein politisches Minenfeld begeben. Das Engagement Spassovs, das in einem wissenschaftlichen Artikel in einer medizinischen Fachzeit-

schrift mündete, hatte ihm seinerzeit wohl den Job gekostet.

Spassov hatte vor fünf Jahren im besagten Fachartikel mit Kollegen internationale Forschungsergebnisse zusammengetragen, die zeigten, auf welchen tönernen Füßen die kieferorthopädische Praxis in Deutschland steht: Obwohl die Spezialisten ihre Tätigkeit meist damit begründen, dass bestimmte Abweichungen von Zahn- oder Kieferstellungen die Mundgesundheit und die Funktionsfähigkeit des Gebisses gefährden, lasse sich das wissenschaftlich nicht nachweisen, so der Tenor.

Spassovs Schlussfolgerung, so berichtete das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ damals: Die bloße Existenz von Kiefer- oder Zahnfehlstellungen sei keine legitime Begründung für eine kieferorthopädische Therapie, „da deren Konsequenzen

für die orale Gesundheit unklarer beziehungsweise eher spekulativer Natur sind“.

Der heute als Kieferorthopäde in Greifswald tätige Spassov vermutete seinerzeit sogar, dass sein Fachartikel der Grund dafür gewesen sei, dass sein wenige Wochen nach Veröffentlichung des Artikels auslaufender Vertrag als wissenschaftlicher Mitarbeiter nicht verlängert worden sei - trotz laufender Lehrtätigkeit und angestrebter Habilitation und obwohl ihm eine Verlängerung zumindest mündlich in Aussicht gestellt worden sei.

Das Arbeitsverhältnis sei mit Ablauf der Befristung „regulär beendet“ worden, hatte die Universitätsmedizin Greifswald damals mitgeteilt. Weitere Angaben zur Person Spassovs wollte die Universität wegen eines laufenden Rechtsstreits nicht machen.

Hatte bei der Nichtverlängerung des Vertrages die Deutsche Gesellschaft für Kieferorthopädie ihren Einfluss geltend gemacht? Deren damalige Präsidentin Ursula Hirschfelder hatte im Frühjahr 2014 dem „Spiegel“ bestätigt, dass sie der Uni-Leitung eine E-Mail geschrieben habe. Sie habe darin über einen Fachartikel von Spassov informiert.

„Richtig ist auch, dass ich die Veröffentlichung von Herrn Dr. Spassov kritisiert habe“, sagte Hirschfelder damals gegenüber dem Spiegel. Sie halte dessen Feststellung, dass Kiefer- und Zahnfehlstellungen keine Krankheit darstellten und deshalb keine Behandlung erforderten, für „äußerst problematisch“. Das widerspreche der „national und international herrschenden Einschätzung“, so Hirschfelder.



Auch am Universitätsklinikum Greifswald wurde über die Kieferorthopädie kontrovers diskutiert.

FOTO: STEFAN SAUER